

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII

## Teil A. Gesetzestext

Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz) .....	1
---	---

## Teil B. Einleitung

<b>I. Entwicklung des Urlaubsrechts</b> .....	7
1. Vor 1918 .....	7
2. Nach 1918 .....	8
3. Schrifttum bis 1945 .....	9
4. Entwicklung nach 1945 .....	9
5. Schrifttum nach 1945 bis zum Bundesurlaubsgesetz .....	11
<b>II. Entstehung des Bundesurlaubsgesetzes</b> .....	11
1. Einbringung des Bundesurlaubsgesetzes .....	11
2. Beratung des Gesetzes .....	12
3. Besondere Beratungspunkte .....	12
4. Zweite und Dritte Lesung .....	13
5. Behandlung im Bundesrat .....	13
6. Änderungen des Bundesurlaubsgesetzes .....	14
7. Schrifttum zum Bundesurlaubsgesetz .....	17

## Teil C. Kommentar

Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (Bundesurlaubsgesetz) .....	21
<b>§ 1 Urlaubsanspruch</b> .....	21
I. Anspruch auf Urlaub .....	25
1. Anspruch aus Fürsorgepflicht .....	25
2. Der gewohnheitsrechtliche Anspruch auf Urlaub .....	25
3. Europarecht und Internationales Recht .....	26
II. Urlaubsjahr .....	27
1. Begriff des Urlaubsjahres .....	27
2. Urlaubsjahr und Urlaubsperiode .....	27
3. Abweichung vom Kalenderjahr als Urlaubsjahr .....	28
4. Bedeutung des Urlaubsjahres .....	29
III. Stichtag im Urlaubsjahr .....	29
1. Stichtag am Beginn des Urlaubsjahres .....	29
2. Bedeutung des Stichtages .....	30
IV. Erholungsurlaub .....	31
1. Beurlaubung aus persönlichen Gründen .....	31
2. Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten .....	32
3. Freizeit für Betriebs- und Personalratsmitglieder .....	32
4. Gesetzliche Beurlaubung .....	32
5. Werksbeurlaubung .....	33
6. Pflegezeit .....	34
7. Elternzeit .....	34

VII

8. Vereinbarung der Anrechnung auf Erholungsurlaub	35
9. Sozialversicherung bei Beurlaubung	36
V. Rechtsnatur des Urlaubsanspruchs	36
1. Urlaubsrecht ist Privatrecht	36
2. Internationales Privatrecht	38
3. Auslegungsgrundsätze	38
VI. Rechtsbegriff des Anspruchs auf Erholungsurlaub	39
1. Urlaub kein Teil des Entgelts	39
2. Kein Unfallversicherungsschutz	40
3. Urlaubsanspruch als Einheitsanspruch mit zwei untrennbaren Wesenselementen	40
4. Höchstpersönliche Natur des Anspruchs auf Erholungsurlaub	41
VII. Urlaub bei Insolvenz	44
1. Urlaubsanspruch als Masseforderung	44
2. Insolvenzgeld	46
3. Besonderheiten im Baugewerbe	47
<b>§ 2 Geltungsbereich</b>	48
I. Geltungsbereich	50
1. Räumlicher Geltungsbereich	50
2. Zeitlicher Geltungsbereich	53
3. Persönlicher Geltungsbereich	53
II. Arbeitnehmerbegriff	53
1. Abgrenzung zum Familienverhältnis	55
2. Zwangsarbeiter	56
3. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederung	56
4. Sozialhilfearbeiten	57
5. Beamte	57
6. Öffentlicher Dienst	58
7. Religionsgesellschaften	58
8. Soldaten und Zivildienstleistende	59
9. Arbeitnehmer bei der Bundeswehr	59
10. Arbeitnehmer bei den Alliierten Streitkräften	60
11. Dienstleistung aus anderen Gründen	60
12. Entwicklungshelfer	61
13. Unabhängiger Dienstvertrag	61
14. Leitende Angestellte	62
15. Abgrenzung zum Unternehmer	63
16. Vertreter kraft Amtes	63
17. Abgrenzung zum Werkvertrag	63
18. Mittelbare Beschäftigung	64
19. Leiharbeitsverhältnis	64
20. Teil- und Nebenbeschäftigung	65
21. Saison- und Kampagnearbeiter	66
22. Gesamthafenbetrieb	66
23. Doppelbeschäftigung	66
24. Entgeltlichkeit der Arbeit	67
25. Telearbeit	67
III. Unterteilung des Arbeitnehmerbegriffes	67
1. Arbeiter	67
2. Angestellte	68
3. Zur Berufsausbildung Beschäftigte	68
IV. Arbeitnehmerähnliche Personen	71
1. Gleichstellung der arbeitnehmerähnlichen Personen im Urlaubsrecht	71
2. Begriff der arbeitnehmerähnlichen Personen	72
3. Gruppen der arbeitnehmerähnlichen Personen	73

<b>§ 3 Dauer des Urlaubs</b>	77
I. Mindesturlaubsdauer	78
1. Notwendigkeit erhöhten Mindesturlaubs	78
2. Tarifliche Urlaubshöhe	79
3. Jugend- und Schwerbehindertenurlaub	79
4. Mindesturlaubsdauer	79
II. Fristberechnung für die Urlaubsdauer	80
1. Abgrenzung zum Jugendurlaub	80
2. Erhöhter Urlaub	80
III. Berechnung nach Werktagen	84
1. Feiertage	84
2. Anwendung des Feiertagsrechts	86
3. Keine Anrechnung der Feiertage und Sonntage	87
4. Anrechnung arbeitsfreier Werktage (insbes. Sonnabende)	88
5. Kalendertage	89
6. Arbeitsfreie Tage aus besonderem Anlass	89
7. Keine nachträgliche Anrechnung von Fehlzeiten oder Zeiten der Nichtbeschäftigung	90
8. Streiktage nicht anrechenbar	92
9. Zu viel gewährter Urlaub	93
10. Kurzarbeit	93
11. Teilbeschäftigung	93
12. Doppelbeschäftigung	94
13. Werksbeurlaubung	95
14. Krankheit	95
15. Freischichten	95
<b>§ 4 Wartezeit</b>	96
I. Bedeutung der Wartezeit	97
1. Voller Urlaubsanspruch erst nach bestimmter Zeit	97
2. Verhinderung von Doppelansprüchen	97
3. Kein Gewohnheitsrecht über Wartezeit	97
4. Rechtscharakter der Wartezeit	98
5. Keine Sperrfrist	99
6. Änderungen der Wartezeit	99
7. Zulässigkeit von Betriebsvereinbarungen	100
8. Keine wiederholte Zurücklegung	100
II. Berechnung der Wartezeit	101
1. Fristberechnung	101
2. Beginn und Ende auch an Sonn- oder Feiertag	102
3. Auf die Wartezeit anrechenbare Zeiten	102
4. Einmalige Erfüllung bei Änderung des Arbeitsverhältnisses	103
5. Vordienstzeiten	103
III. Unterbrechung der Wartezeit	104
1. Rechtlicher Bestand maßgeblich	104
2. Anrechnung von Zeiten der Nichtbeschäftigung	104
3. Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses	106
4. Betriebsnachfolge	107
IV. Voller Urlaubsanspruch nach Wartezeit	108
<b>§ 5 Teilurlaub</b>	109
I. Zwölfteilung des Urlaubs	111
1. Zwölfteilung und Stichtag	111
2. Entwicklung des Teilurlaubs	111
3. Teilurlaub für Jugendliche und Seelcute	112
4. Gesetzliche Regelung	112
5. Vollurlaub bei Ausscheiden mit Ende der Wartezeit	112
6. Zwölfteilung nur für jeden vollen Monat	113

II. Voraussetzungen von Teilurlaub und gekürztem Vollurlaub .....	113
1. Teilurlaub .....	113
2. Gekürzter Vollurlaub .....	114
3. Nur für jeden vollen Monat .....	114
4. Teilbeschäftigung .....	116
5. Bestehen des Arbeitsverhältnisses .....	116
6. Nichterfüllung der Wartezeit im Urlaubsjahr .....	116
7. Ausscheiden vor erfüllter Wartezeit .....	117
8. Gekürzter Vollurlaub bei Ausscheiden in der 1. Hälfte des Kalenderjahres ..	117
9. Keine Zwölfteilung .....	118
10. Abänderung .....	119
III. Aufrundung und Stichtag .....	120
1. Aufrundung .....	120
2. Stichtag .....	121
IV. Rückzahlung zu viel gezahlten Urlaubsentgelts .....	121
1. Fälle des Rückforderungsverbotes .....	121
2. Rückforderungsverbot .....	122
<b>§ 6 Ausschuß von Doppelansprüchen .....</b>	<b>124</b>
I. Anrechnung gewährten Urlaubs .....	125
1. Ausschluss von Doppelansprüchen .....	125
2. Anrechnung gewährten Urlaubs einschl. einer Abgeltung .....	126
3. Keine Anrechnung bei Übertragung oder zu viel gewährtem Urlaub .....	128
4. Begrenzung der Gesamtdauer .....	128
II. Bescheinigung und Auskunft .....	128
1. Ausstellung einer Bescheinigung über gewährten Urlaub .....	128
2. Auskunftspflicht .....	129
III. Urlaub bei Arbeitsplatzwechsel .....	129
1. Meinungsstand .....	130
2. Freizeitanspruch hat Vorrang .....	131
3. Freizeit nach Abgeltung .....	132
4. Teilfreizeitanspruch geht vollem Abgeltungsanspruch vor .....	132
5. Für mehrere Abgeltungsansprüche besteht volle Haftung jedes Arbeitgebers ..	133
6. Ausgleich unter den Arbeitgebern .....	134
7. Vereinbarung des Ausgleichs .....	134
8. Doppelbeschäftigung .....	135
<b>§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs .....</b>	<b>135</b>
I. Festlegung der Urlaubszeit .....	139
1. Fälligkeit des Urlaubs .....	139
2. Fälligkeit bei Betriebsnachfolge .....	140
3. Keine Vereinbarung für Fälligkeit nötig .....	141
4. Weisungsbefugnis des Arbeitgebers .....	141
5. Berücksichtigung der Wünsche des Arbeitnehmers .....	142
6. Entgegenstehende betriebliche Belange .....	143
7. Entgegenstehende Urlaubswünsche anderer Arbeitnehmer .....	144
8. Anschluss an medizinische Vorsorge oder Rehabilitation .....	145
9. Mehrere Beschäftigungen .....	146
10. Festlegung durch den Arbeitgeber .....	146
11. Bedeutung der Urlaubsliste .....	147
II. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates .....	148
1. Mitbestimmungsrecht bei Urlaubsgrundsätzen und Urlaubsplan .....	148
2. Inhalt von Urlaubsgrundsätzen und Urlaubsplan .....	148
3. Umfang des Mitbestimmungsrechts .....	149
4. Festlegung des Urlaubszeitpunktes mit dem Betriebsrat .....	150
5. Betriebsferien .....	150
III. Wirkungen herbeigeführter Fälligkeit .....	152
1. Bindung an Fälligkeit .....	152
2. Ausnahmen für Notfälle .....	152

IV. Urlaubsverwirklichung durch den Arbeitnehmer	154
1. Problem und Meinungsstand	154
2. Zurückbehaltung zur Verwirklichung des Urlaubs möglich	154
3. Urlaub in Kündigungsfrist	155
4. Klage auf Urlaub	157
5. Einstweilige Verfügung	159
V. Unteilbarkeit des Urlaubs	160
1. Grundsatz der Unteilbarkeit	160
2. Vorrang des ungeteilten Urlaubs	161
3. Abweichungen vom Grundsatz der Unteilbarkeit	161
4. Zwei Wochen müssen zusammenhängen	163
5. Verstoß gegen den Unteilbarkeitsgrundsatz	163
6. Mitbestimmung und Unteilbarkeit	164
VI. Übertragung des Urlaubs	164
1. Bindung ans Urlaubsjahr	164
2. Grundsatz der Übertragbarkeit	165
3. Erfolgreiche Geltendmachung nicht notwendig	165
4. Keine Abgeltung nach Übertragung	167
5. Frist zur Geltendmachung	167
6. Gründe zur Übertragung	168
7. Übertragung ohne besondere Erklärung	171
8. Frist für Nachgewährung übertragenen Urlaubs	172
9. Abänderungen	174
VII. Urlaubsabgeltung	175
1. Abgeltung nur anstelle von Freizeitananspruch	175
2. Abgeltungsverbot	175
3. Zwingender Charakter des Verbots	176
4. Grundsatz der Abgeltung nach Beendigung	177
5. Keine Verlängerung des Arbeitsverhältnisses	179
6. Höhe der Abgeltung	179
7. Geldnatur des Abgeltungsanspruchs	180
8. Anrechnung auf Arbeitslosengeld	180
9. Lohnsteuer	181
10. Sozialversicherungspflicht	181
11. Wegfall bei Rechtsmissbrauch	181
12. Abänderungen	182
<b>§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs</b>	183
I. Verbot von Erwerbstätigkeit im Urlaub	184
1. Allgemeiner Grundsatz	184
2. Erwerbstätigkeit	185
3. Dem Urlaubszweck zuwiderlaufende Tätigkeiten	185
4. Folgen des Verstoßes	186
II. Sonstige Pflichten des Arbeitnehmers im Urlaub	188
1. Keine Pflicht zur Erholung	188
2. Verschulden gegen sich selbst	189
3. Kündigung bei Verstoß	189
4. Mitteilung von Urlaubsanschrift	190
III. Weitere Pflichten im Urlaub	190
1. Zeugenpflichten	190
2. Pflichten eines Rechtsanwalts	191
3. Mehrkostenerstattung	191
<b>§ 9 Erkrankung während des Urlaubs</b>	191
I. Erkrankung vor und im Urlaub	193
1. Grundsatz	193
2. Krankheit vor Antritt des Urlaubs	193
3. Erkrankung im Urlaub	195
4. Sonderurlaub	198

II. Krankheit und Rechtsmissbrauch .....	199
1. Entwicklung .....	199
2. Anspruchserhalt .....	199
3. Keine Zwölfteilung bei Krankheit .....	200
4. Zwölfteilung durch Tarifvertrag .....	200
<b>§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation .....</b>	<b>200</b>
I. Entwicklung .....	202
1. Entstehung der Vorschrift .....	202
2. Abhängigkeit von Lohnfortzahlung .....	202
3. Das Arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz und dessen Aufhebung .....	202
II. Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation .....	203
1. Begriff .....	203
2. Anrechenbarkeit .....	203
3. Voraussetzungen .....	204
4. Bewilligung durch Sozialleistungsträger .....	204
5. Sonstige Kostenträger .....	205
6. Stationäre Unterbringung .....	205
7. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung .....	205
III. Anspruch auf Entgeltfortzahlung .....	206
1. Anwendung von § 3 EFZG .....	206
2. Gleichzeitige Arbeitsunfähigkeit .....	206
3. Anrechnung nicht geregelt .....	207
4. Urlaubsfestlegung nach § 7 .....	207
IV. Erklärung der Anrechnung .....	208
1. Vorherige Erklärung .....	208
2. Nachträgliche Erklärung .....	208
3. Teilweise Anrechnung .....	208
V. Abweichende Regelungen .....	209
<b>§ 11 Urlaubsentgelt .....</b>	<b>209</b>
I. Hintergrund und Rechtscharakter .....	212
II. Berechnung des Urlaubsentgelts .....	213
1. Allgemeine Grundsätze .....	213
2. Berechnungsgrundlagen .....	214
3. Durchschnittlicher Arbeitsverdienst als Grundlage der Berechnung .....	215
4. Erhöhungen und Kürzungen des Verdienstes, Arbeitsausfall .....	224
5. Dreizehnwöchiger Berechnungszeitraum .....	229
6. Veränderung der Arbeitszeit (Vollzeit – Teilzeit) .....	229
III. Fälligkeit des Anspruchs .....	231
IV. Erlöschen des Anspruchs .....	232
V. Zusätzliches Urlaubsgeld .....	232
<b>§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit .....</b>	<b>235</b>
I. Grundsätzliches .....	237
1. Besonderheiten für Heimarbeit .....	237
2. Entstehung von § 12 .....	237
II. Geltungsbereich .....	237
1. In Heimarbeit Beschäftigte .....	237
2. Gleichgestellte .....	238
3. Abschließende Regelung für Heimarbeiter .....	239
III. Für Heimarbeiter geltende Bestimmungen .....	239
1. Ausschluss von Bestimmungen .....	239
2. Anwendung der übrigen Bestimmungen .....	240
3. Nicht ständig Beschäftigte .....	240
IV. Entgeltberechnung .....	241
1. Bezugszeitraum 1 Jahr .....	241
2. Höhe des Urlaubsentgelts .....	242
3. Auszahlung des Urlaubsentgelts .....	243

4. Entgelt für Hausgewerbetreibende	243
5. Zwischenmeister	244
6. Entgeltbelege	244
7. Abweichende Bestimmung durch Tarifvertrag	244
V. Entgeltsicherung	245
<b>§ 13 Unabdingbarkeit</b>	245
I. Hintergrund	249
II. Abweichungen durch Tarifvertrag	249
1. Abweichungen durch günstigere Bestimmungen	249
2. Abweichungen durch ungünstigere Regelungen	253
III. Abweichungen durch Arbeitsvertrag	261
1. Abweichungen durch günstigere Regelungen	261
2. Abweichungen durch ungünstigere Regelungen	262
IV. Abweichungen durch Betriebsvereinbarung	265
1. Abweichungen durch günstigere Regelungen	265
2. Abweichungen durch ungünstigere Regelungen	266
V. Besondere Urlaubsregelungen bei Bau, Bahn und Post	266
1. Besondere Urlaubsregelungen im Baugewerbe und in verwandten Zweigen	266
2. Besondere Urlaubsregelungen bei der DB AG und beim Bundespostnachfolger	269
<b>§ 14 Berlin-Klausel</b>	270
<b>§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen</b>	270
I. Verhältnis zu anderen gesetzlichen Vorschriften	270
1. Bundesrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt	270
2. Landesrechtliche Vorschriften	271
II. Verhältnis der urlaubsrechtlichen Bestimmungen zueinander	272
1. Vorrang von Jugendarbeitsschutzgesetz und Seearbeitsgesetz	272
2. Sonderregelung des Arbeitsplatzschutz- und Eignungsübungsgesetzes	273
3. Sonderregelung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sowie des MuSchG	274
4. Zusatzurlaub für Behinderte und Opfer des Nationalsozialismus	274
<b>§ 15a Übergangsvorschrift</b>	274
<b>§ 16 Inkrafttreten</b>	275

## Teil D. Anhang

<b>A. Arbeitsplatzschutzgesetz und Eignungsübungsgesetz</b>	277
I. Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz)	277
§ 4 Erholungsurlaub	277
1. Hintergrund	278
2. Anwendungsbereich	279
3. Urlaubsanspruch Wehrdienstleistender	280
4. Lage des Urlaubs	282
5. Erlöschen des Urlaubsanspruchs	283
6. Abgeltung des Urlaubsanspruchs	284
II. Gesetz über den Einfluß von Eignungsübungen der Streitkräfte auf Vertragsverhältnisse der Arbeitnehmer und Handelsvertreter sowie auf Beamtenverhältnisse (Eignungsübungsgesetz)	285
§ 6 Ausschluß von Nachteilen	285
III. Verordnung zum Eignungsübungsgesetz	285
§ 1 Urlaub für Arbeitnehmer bei Ausscheiden aus den Streitkräften	285
§ 2 Urlaub für Arbeitnehmer bei Verbleiben in den Streitkräften	286
§ 3 Urlaubsbescheinigung	286

§ 7 Urlaubskassen .....	286
§ 8 Anrechnung der Wehrdienstzeit .....	286
§ 9 Geltungsdauer der Verordnung .....	286
1. Hintergrund .....	287
2. Urlaubsanspruch bei Ausscheiden aus den Streitkräften .....	288
3. Urlaubsanspruch bei Verbleiben in den Streitkräften .....	291
4. Urlaubsbescheinigung .....	291
5. Wehrübung und Betriebszugehörigkeit .....	292
<b>B. Sozialgesetzbuch (SGB) .....</b>	<b>293</b>
Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – .....	293
§ 208 Zusatzurlaub .....	293
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit .....	293
1. Hintergrund .....	295
2. Persönlicher Anwendungsbereich .....	297
3. Voraussetzungen des Urlaubsanspruchs schwerbehinderter Menschen .....	298
4. Umfang des Urlaubsanspruchs schwerbehinderter Menschen .....	299
5. Erlöschen und Abgeltung des Urlaubsanspruchs .....	301
6. Berechnung des Urlaubsentgelts und Urlaubsgeld .....	302
7. Erstattung der Kosten .....	304
<b>C. Weitere Urlaubsbestimmungen für geistig oder körperlich behinderte Arbeitnehmer ..</b>	<b>305</b>
<i>Saarland:</i>	
I. Gesetz Nr. 186 betreffend Regelung des Zusatzurlaubes für kriegs- und unfallbeschädigte Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft .....	305
II. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes betreffend Regelung des Zusatzurlaubes für kriegs- und unfallbeschädigte Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft .....	305
III. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes betreffend Regelung des Zusatzurlaubes für kriegs- und unfallbeschädigte Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft .....	306
1. Hintergrund und anwendbare Regelungen .....	307
2. Voraussetzungen des Saarländischen Zusatzurlaubes .....	307
3. Umfang des Saarländischen Zusatzurlaubes und Urlaubsentgeltberechnung .....	308
4. Sonstige Regelungen .....	308
<b>D. Zusatzurlaub für Opfer des Nationalsozialismus .....</b>	<b>309</b>
<i>Niedersachsen:</i>	
Niedersächsisches Urlaubsgesetz .....	309
<i>Rheinland-Pfalz:</i>	
Rheinland-Pfälzisches Landesgesetz zur Regelung des Urlaubs (Urlaubsgesetz) .....	309
<i>Saarland:</i>	
Saarländisches Gesetz betreffend Regelung des Zusatzurlaubes für kriegs- und unfallbeschädigte Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft .....	310
<b>E. Jugendurlaub .....</b>	<b>311</b>
Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG) ..	311
§ 19 Urlaub .....	311
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften .....	311
1. Hintergrund .....	313
2. Anwendungsbereich .....	314
3. Urlaubsanspruch Jugendlicher .....	316
4. Lage des Urlaubs .....	319
5. Erlöschen und Abgeltung des Urlaubsanspruchs .....	320
6. Ordnungswidrigkeiten und Straftaten .....	320



<b>F. Urlaub nach dem Seearbeitsgesetz</b> .....	321
Seearbeitsgesetz .....	321
<b>Unterabschnitt 5. Urlaub</b> .....	321
<b>§ 56 Urlaubsanspruch</b> .....	321
1. Hintergrund .....	323
2. Anwendungsbereich .....	324
3. Voraussetzungen des Urlaubsanspruchs von Seeleuten .....	325
<b>§ 57 Urlaubsdauer</b> .....	325
1. Hintergrund .....	326
2. Umfang des Urlaubsanspruchs von Besatzungsmitgliedern .....	326
<b>§ 58 Festlegung des Urlaubs</b> .....	328
1. Hintergrund .....	328
2. Lage des Urlaubs .....	329
3. Urlaubsgewährung für andere Arbeitgeber .....	331
4. Erlöschen des Urlaubsanspruchs .....	332
<b>§ 59 Urlaubsort</b> .....	333
1. Hintergrund .....	333
2. Urlaubsbeginn und Urlaubsende am Urlaubsort .....	333
<b>§ 60 Reisekosten</b> .....	334
1. Hintergrund .....	334
2. Voraussetzungen des Anspruchs auf Reisekosten .....	335
3. Umfang des Anspruchs .....	337
<b>§ 61 Urlaubsentgelt</b> .....	337
1. Hintergrund .....	337
2. Anspruch auf Urlaubsentgelt .....	338
<b>§ 62 Erkrankung während des Urlaubs</b> .....	339
1. Hintergrund .....	339
2. Nachweis der Erkrankung .....	339
<b>§ 63 Urlaub bei Beendigung des Heuerverhältnisses</b> .....	340
1. Hintergrund .....	340
2. Teilurlaubsanspruch .....	340
3. Rückforderungsverbot .....	341
<b>§ 64 Verlängerung des Heuerverhältnisses, Urlaubsabgeltung</b> .....	341
1. Hintergrund .....	342
2. Verlängerung des Heuerverhältnisses zur Urlaubsgewährung .....	342
3. Übertragung des Urlaubsanspruchs in ein folgendes Arbeitsverhältnis .....	343
4. Anspruch auf Abgeltung offener Urlaubsansprüche .....	344
<b>§ 35 Landgang</b> .....	344
<b>G. Elternzeit</b> .....	346
Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) .....	346
<b>§ 17 Urlaub</b> .....	346
1. Geltung der Kürzung .....	347
2. Kürzung des Erholungsurlaubs .....	347
3. Teilzeit .....	349
4. Urlaubsübertragung .....	350
5. Abgeltung .....	350
6. Kürzung zu viel erhaltenen Urlaubs .....	351
<b>H. Mutterschutzgesetz</b> .....	352
Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) .....	352
<b>§ 24 Erholungsurlaub</b> .....	352
1. Einleitung .....	352
2. Mutterschutzrechtliche Ausfallzeiten als Beschäftigungszeiten .....	353

3. Mutterschutzrechtlicher Übertragungstatbestand .....	353
4. Geltungsbereich .....	354
<b>J. Landesrechtliche Bestimmungen über Sonderurlaub für Mitarbeiter in der Jugendpflege</b> .....	355
Sonderurlaub nach Bundesländer .....	356
<b>K. Landesrechtliche Bestimmungen über den Bildungsurlaub für Arbeitnehmer</b> .....	358
1. <i>Baden-Württemberg</i>	
Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG BW) .....	363
2. <i>Berlin</i>	
Berliner Bildungsurlaubsgesetz (BiUrlG) .....	368
3. <i>Brandenburg</i>	
Gesetz zur Regelung und Förderung der Weiterbildung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz – BbgWbG) .....	371
4. <i>Bremen</i>	
Bremisches Bildungszeitgesetz (BremBZG) .....	381
5. <i>Hamburg</i>	
Hamburgisches Bildungsurlaubsgesetz .....	385
6. <i>Hessen</i>	
Hessisches Gesetz über den Anspruch auf Bildungsurlaub .....	389
7. <i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	
Gesetz zur Freistellung für Weiterbildungen für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Bildungsfreistellungsgesetz – BfG M-V) .....	398
8. <i>Niedersachsen</i>	
Niedersächsisches Gesetz über den Bildungsurlaub für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Niedersächsisches Bildungsurlaubsgesetz – NBildUG) .....	404
9. <i>Nordrhein-Westfalen</i>	
Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung – Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) .....	409
10. <i>Rheinland-Pfalz</i>	
Landesgesetz über die Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für Zwecke der Weiterbildung (Bildungsfreistellungsgesetz – BFG) .....	421
11. <i>Saarland</i>	
(a) Saarländisches Weiterbildungsförderungsgesetz (SWFG) .....	425
(b) Saarländisches Bildungsfreistellungsgesetz (SBFG) .....	434
12. <i>Sachsen-Anhalt</i>	
Gesetz zur Freistellung von der Arbeit für Maßnahmen der Weiterbildung (Bildungsfreistellungsgesetz) .....	439
13. <i>Schleswig-Holstein</i>	
Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG) .....	442
14. <i>Thüringen</i>	
Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz (ThürBfG) .....	452
<b>L. Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November     2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung</b> .....	459
<b>M. Übereinkommen Nr. 132 der Internationalen Arbeitsorganisation über den bezahlten     Jahresurlaub (Neufassung vom Jahre 1970)</b> .....	474
<b>Sachverzeichnis</b> .....	479